**Axel Groenemeyer (Hrsg.)**

**Wege der Sicherheitsgesellschaft**

VS Verlag, Wiesbaden 2010
ISBN 978-3-531-17798-4, 360 Seiten, Preis 34,95 €

Mit dem etwas sperrigen Untertitel „Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten“ erweckt das Buch nicht unbedingt das Gefühl, dass man es sofort in die Hand nehmen und lesen müsste. Doch bereits der Blick in das Inhaltsverzeichnis macht deutlich, dass es hier um Fragestellungen geht, die die Kriminologie und die Polizeiwissenschaft in der letzten Zeit verstärkt umgetrieben haben. So geht es z.B. um den Zusammenhang von innerer Sicherheit und sozialer Unsicherheit (Albert Scherr), um die Mediatisierung der Sicherheitspolitik (Jo Reichertz) sowie um Unsicherheitsgefühle, Mediennutzung und Vertrauen in Institutionen (Daniel Rölle). Auch Fritz Sack ist mit einem Beitrag vertreten, den er „Der weltweite „punitive Turn“: Ist die Bundesrepublik dagegen gefeit?“ überschrieben hat.

Axel Groenemeyer beschreibt zu Beginn des Buches, dass mittlerweile das Gefühl allgegenwärtiger Bedrohung durch Gewalt und Kriminalität in das Alltagsleben eingesickert ist und die Organisation sozialer Beziehungen sowie das Verhalten der Gesellschaftsmitglieder im öffentlichen und privaten Raum auch jenseits unmittelbarer Gefährdungslagen und Risikosituationen durchdringt. Die Allgegenwärtigkeit von Kriminalität und die Kriminalitätsfurcht sind etwas, das die kriminologische Situation in den letzten Jahren geprägt hat. Dabei wurde und wird kontrovers diskutiert, ob und wie sich z.B. Polizei und Politik, aber auch die Wissenschaft mit der Verbrechensfurcht der Bürger zu beschäftigen hat. Auf der anderen Seite sind Stichworte wie „governing through crime“ oder „governing through fear“ zu Recht aufgekommen, weil die Politik immer häufiger der Versuchung erliegt, tatsächlich vorhandene oder im Vorfeld geschürte Ängste zu nutzen, um mit symbolischer Politik und symbolischen Gesetzen angebliche Bedürfnisse von Bürgern zu befriedigen. Letztendlich geht es dann in der Regel eher um die Profilierung einer politischen Partei oder einer politischen Richtung und weniger um eine tatsächliche Optimierung der Sicherheitsbedingungen in der Gesellschaft.

Interessant ist in dem Kontext der Beitrag von Albert Scherr („Innere Sicherheit und soziale Unsicherheit“, Seite 23 - 39), der sich mit der verbreiteten These eines Zusammenhangs zwischen ökonomisch und gesellschaftlich bedingter Unsicherheit einerseits und ihrer politischen Bearbeitung als Kriminalitätsfurcht andererseits beschäftigt. Im Ergebnis kommt er zu dem Schluss, dass (vor allem in Deutschland) sozialstaatliche Politik es erlaube, auf eine Politik der Kriminalisierung der Armen und Arbeitslosen weitestgehend zu verzichten (Seite 27) und er warnt davor, den Zusammenhang zwischen Armut (oder Armen) und Kriminalität bzw. Kriminalisierungsrisiko insofern zu thematisieren und zu analysieren, als dadurch eine Stigmatisierung dieser Bevölkerungsgruppe erreicht werde. Scherr verweist darauf, dass zunehmend andere Bereiche und Begriffe in den Vordergrund treten und dazu dienen, repressive Maßnahmen zu legitimieren. Scherr schreibt dazu: „In die Funktion einer Bedrohung, durch deren Kontrolle und Bekämpfung staatliche Politik Sicherheit zu gewährleisten verspricht, werden stattdessen Islam bzw. Islamismus eingerückt“ und im gleichen Kontext benennt er später auch den Terrorismus. Im Zusammenhang mit der These einer Verschiebung einer Politik des helfenden zu einer Politik des strafenden Staates macht Scherr ebenfalls

kritische Anmerkungen gegenüber dem „Mainstream“, der diese Tendenz zu beobachten glaubt.

Noch näher mit dem Thema der individuellen Unsicherheit und der Verbrechensfurcht beschäftigt sich Daniel Rölle in seinem Beitrag „Unsicherheitsgefühle, Mediennutzung und Vertrauen in Institutionen – Empirisch belastbare Zusammenhänge oder Messeartefakte?“ (Seite 89 – 111). Er versucht, die Unsicherheitsgefühle im öffentlichen städtischen Raum zu analysieren und verschiedene Erklärungsansätze dafür vorzustellen. Dabei spielt die Mediennutzung eine entscheidende Rolle, wobei er in seiner Analyse auf verschiedenste Untersuchungen und Umfragen zurückgreift. Er verweist darauf, dass offenbar Personen, die sich unsicher fühlen, tendenziell mit ihren Erwartungen eher die Institutionen, die Gesetzesentwürfe de facto erarbeiten bzw. die Politik machen, eher adressieren als die rechtsstaatlichen Institutionen, die Recht ausführen (Polizei) bzw. Recht sprechen (Gerichte). Er sieht einen schwachen, aber stark signifikanten Zusammenhang zwischen den Unsicherheitsgefühlen und der Demoktratiezufriedenheit. Unsicherheitsgefühle stehen aus der Sicht der Betroffenen auch im Zusammenhang mit der Demokratie als System an sich. Interessant sind hier u.a. einige Zahlen, die der Verfasser zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und Vertrauen in rechtsstaatliche und parteienstaatliche Institutionen vorstellt (auf Seite 106). Danach ist das Vertrauen in die Polizei signifikant abhängig davon, ob die Befragten sog. „Qualitätsmedien“ nutzen oder z.B. die Lokalzeitung. Beides beeinflusst positiv das Vertrauen zu der Polizei. Nicht signifikant hingegen ist die Nutzung der „BILD-Zeitung“, von Spiegel/Focus oder den ZDF-Nachrichten (wohingegen die ARD-Nachrichten signifikant positiven Einfluss haben). Signifikanten negativen Einfluss auf das Vertrauen in die Polizei haben Boulevard-Medien sowie die TV-Nachrichten von Privatsendern.

Der von Axel Groenemeyer herausgegebene Band „Wege der Sicherheitsgesellschaft“ kann all denen zur Orientierung dienen, die der Frage nachgehen, wie sich unsere Gesellschaft derzeit aufstellt, wie sie reguliert wird und welche der Akteure im gesellschaftlichen Kontext Einfluss auf die Sicherheiten und das Sicherheitsgefühl unserer Gesellschaft haben.

Thomas Feltes, November 2010